

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, Dienstags und Montags ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung des Monats für Berlin 10,- M., im voraus zu zahlen, von der Expedition ist abgeholt 2,50 M. Für den Versand nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Circulation bezogen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., postlich Saldo-Kaufschlag, von Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktionen, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Weiler Straße 2-4.

Die abdrucksfähige Korrespondenz über deren Name heißt S.-M. einschließlich Telegrammgebühren. Kleine Anzeigen: Das jetzige Heft 2.- M., jedes weitere Heft 1,50 M., einschließlich Telegrammgebühren. Langfristige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,20 M. extra pro Zeile. Stellen-Angebote im Monatshefte: das jetzige Heft 1,50 M., jedes weitere Heft 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510 4802, 4835, 4842, 4821.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Ausperrung im Zeitungsgewerbe Berlins

## Machtkampf der Unternehmer

Der Streik der Angestellten im Zeitungsgewerbe hat eine gewaltige Verschärfung erfahren. Das mächtigste Unternehmertum dieses Gewerbes, das bisher nicht gewohnt war, bei seinem Profitstreben irgendwelchen Widerstand auch seiner kaufmännischen Angestellten zu finden, hatte geglaubt, dieser Gruppe den Fuß auf den Nacken setzen zu können. Es verlangte Zustimmung zu einem Lohnabbau, obwohl gerade gegenwärtig eine neue Lohnerhöhung heraufzitiert und eine Erhöhung der Löhne erfordert, um die absolute Verelendung der Arbeiter und Angestellten aufzuhalten.

Die Absicht des Unternehmertums war, zuerst einmal die Gruppe verminderte Löhne aufzuzwingen, um damit dann bei den übrigen Gruppen des eigenen Gewerbes zu folgen und dem Lohnabbau der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands die Wege zu bereiten. Unbekümmert um die verhängnisvollen sozialen Folgen dieser Absichten sollte das durchgeführt werden.

Die übrige Arbeiterschaft des Zeitungsgewerbes aber hatte diese Absicht erkannt. Sie hatte von vornherein sämtlichen Angestellten vollständige Sympathie zugesagt und dieses Versprechen auch gehalten. Das Segen von Inzeraten wurde verweigert und sämtliche direkte und indirekte Streikarbeit, die mit der Arbeit der kaufmännischen Angestellten zusammenhängt, verhindert. Betriebsversammlungen, die dazu Stellung nahmen, sahten dementsprechende einstimmige Beschlüsse.

Am gestrigen Abend haben die Unternehmer der Arbeiterschaft der Zeitungsbetriebe das Ultimatum gestellt, diese

Solidaritätserklärung mit den streikenden Angestellten zurückzunehmen, die Inzerate zu legen, um so dem Streik der Angestellten die Wirksamkeit zu nehmen. Die Arbeiter haben dieses Verlangen rundweg abgelehnt, worauf die Unternehmer die gesamte Belegschaft entließen.

Damit ist ein Kampf entbrannt, der große wirtschaftliche und politische Folgen zeitigen kann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Unternehmertum des Zeitungsgewerbes den Augenblick für günstig erachtet, um die Arbeiterschaft dieser Betriebe auf die Knie zu zwingen. Es weiß sich dabei einig mit dem gesamten übrigen Unternehmertum, das, wie die reaktionäre Presse deutlich erkennen läßt, schon lange auf den günstigen Augenblick wartet, um der Arbeiterklasse einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Die ohnedies elende wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft soll weiter herabgedrückt werden. Das ist der wahre Zweck dieses Kampfes.

Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands muß diese Absicht erkennen und den Arbeitern der Zeitungsbetriebe Berlins ihre Solidarität beweisen. Es handelt sich nicht um eine Sache von nur beruflicher, sondern von großer allgemeiner Bedeutung. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft darf nicht noch weiter herabgedrückt werden! Gelingt dieser erste Versuch des Unternehmertums, eine einzelne Arbeiterschaft auf die Knie zu zwingen, so werden weitere Versuche folgen. Sowohl die Gewerkschaften als auch der gegenwärtig tagende Betriebsrätekongress dürfen keinen Zweifel daran lassen, daß die Sache der Arbeiter in dem Zeitungsgewerbe Berlins die Sache der Arbeiterschaft ganz Deutschlands ist.

## In letzter Stunde

Heute soll in der preussischen Landesversammlung die Entscheidung nicht nur über die künftige Gestaltung des Gesetzes Groß-Berlin fallen, sondern auch darüber, ob ordnungsgemäß zustande gekommene Gesetze, wenn sie aus irgendeinem Grunde den Bürgerlichen nicht passen, noch bevor sie in Wirksamkeit getreten sind, abgeändert werden können. Die dritte Lesung des Abänderungsgesetzes über die neue Stadtgemeinde Berlin wird deshalb zu zeigen haben, wie weit das Bürgertum die Mißachtung der von ihm angebeteten Demokratie treiben wird, wenn sie ihm nicht paßt.

Die Wahl am 20. Juni hatte den deutlichen Willen der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung gezeigt, an die Stelle der alten verrotteten bürgerlichen Verwaltung mit ihrer Mißachtung aller Wünsche der Arbeiter, der Feindschaft gegen soziale Erzeugnisse und der Korruption der Verwaltung ein sozialistisch geleitetes Gemeinwesen zu setzen, das den Wünschen und Interessen der breiten arbeitenden Massen Groß-Berlins entsprach, durch deren Arbeit erst das Viermillionen-Gemeinwesen zur Blüte kommen kann.

Zähneknirschend fügte sich das Bürgertum in das Wahlergebnis, gleichzeitig aber befeuert von dem Gedanken, der Bewirtlichung des Willens der Wähler so große Hindernisse in den Weg zu stellen, um dennoch ein Gegengewicht gegen die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zu schaffen. Die Kommissionsverhandlungen zur Bildung des Magistrats wurden erschwert, endlos in die Länge gezogen und die rechtzeitige Bildung des Magistrats vor dem 1. Oktober verhindert.

Als alle Sabotageversuche aber nichts fruchteten, als die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung an der selbstverständlichen Forderung der sozialistischen Zusammenlegung des Magistrats festhielt, griff die ganze reaktionäre Meute begierig nach der Möglichkeit, durch die reaktionäre Mehrheit der Landesversammlung noch in letzter Stunde das ihr nicht passende Gesetz zu ändern.

Willig fügte sich die Regierung diesem Nachspruch des Bürgertums. Unter Mißachtung des Willens der großen Mehrheit der Wähler und unter Benützung längst veralteter Bestimmungen der Städteordnung über die Bestätigung von Magistratsmitgliedern versagte sie diese und verhinderte damit unter schwerer Schädigung der neuen Stadtgemeinde ihr rechtzeitiges Inslebentreten. Für diese Dinge ist aber nicht nur der Oberpräsident von Brandenburg verantwortlich, viel größere Schuld trifft den rechtssozialistischen Minister Severing, der duldsam und billigend diesem Treiben zusah. Erst hierdurch wurde der reaktionäre Vorstoß möglich. Hätten die Rechtssozialisten Berlins mit den Unabhängigen gemeinsam gestanden, so würde durch dieses Verhalten ihres Parteigenossen der schwere Schlag gegen die Arbeiterschaft auch gegen sie geführt.

Um was geht der Kampf? Das Bürgertum will die sozialistische Mehrheit des Magistrats lahmlegen. Es will Vertreter seiner Anschauung in weit stärkerer Zahl in diese Körperschaft hineinsenden, als es Anspruch hat, nicht um ihre Arbeiten zu fördern, sondern um ein Gegengewicht gegen die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zu schaffen und ihre Arbeit zu hemmen. Unter dem Deckmantel der Forderung nach unbesoldeten Stadträten verbirgt sich nichts anderes als der Wunsch nach der alten bevorrechteten Stellung der Besitzenden, die ehemals allein in der Gemeinde ausschlaggebend waren und die nun als Minderheit sich den alten Einfluss sichern wollen. Unbesoldete Stadträte sind eine Fälschung des Mehrheitswillens der Massen, ein Umhang für die reaktionäre Forderung nach Bevorzugung des Besizes.

Es soll ferner die Wahl des Bürgermeisters und seines Stellvertreters in den Verwaltungsbezirken vorgenommen und nicht dem Magistrat der Stadtgemeinde Berlin überlassen werden. Die Annahme dieser Forderung bedeutet die konsequente Verhinderung dessen, was mit der Bildung der neuen Stadtgemeinde beabsichtigt ist, nämlich der Einheitlichkeit der Verwaltung des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin. Eine Quelle immerwährender Reibungen und Gegensätze wird geschaffen, in deren Verlauf die bürgerlichen Vorortgemeinden des Westens ihre besonderen Interessen durchzusetzen versuchen werden.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat diesen reaktionären Vorstoß mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft und sie wird an diesem Widerstand mit aller Entschiedenheit festhalten. Die Rechtssozialisten in der Landesversammlung haben sich zu entscheiden, ob sie den Vorstoß der Reaktion ermöglichen, oder ihn an der Seite der Unabhängigen Sozialdemokratie verhindern wollen.

Das Bürgertum aber wird seines Raubes nicht froh werden. Der sozialistische Einfluss der Massen beruht nicht auf der zahlenmäßigen Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften, sondern auf der Erkenntnis der Massen, daß nur ihr engster Zusammenschluß, ihr unerbittlicher Kampf

## Zur Einreise von Sinowjew und Bucharin

Am Sonnabend erzählten wir aus der „Roten Fahne“ und aus der uns von der Zentrale der R. P. D. überlieferten Abschrift eines an die R. P. D. gerichteten Telegramms, daß Sinowjew und Bucharin die deutsche Regierung ersucht haben, ihnen die Einreise und zeitweilige Anwesenheit in Deutschland zu erlauben, und daß beide uns ersuchen, diese Schritte zu unterstützen. Wir haben immer ausländische und insbesondere russische Genossen, die nach Deutschland kommen wollten, bei der Erwirkung der Einreiseerlaubnis unterstützt. So hat noch kürzlich Genosse Dittmann die zunächst abgelehnte Einreiseerlaubnis für den Genossen Schlapnikoff erwirkt. Daher war es selbstverständlich, daß wir uns auch der Genossen Sinowjew und Bucharin annahmen. Noch am Sonnabend morgen bemühte sich Genosse Koenen, nach Verständigung zwischen den in Berlin anwesenden Genossen Dümmig und Rosenfeld, bei der Regierung, auf die Erteilung der Einreiseerlaubnis hinzuwirken. Genosse Koenen konnte aber den Minister des Auswärtigen am Sonnabend telefonisch nicht erreichen. Am Dienstag wurde Genosse Rosenfeld vom Zentralkomitee beauftragt, weitere Schritte zu unternehmen. Er setzte sich sofort sowohl mit dem Ministerium des Auswärtigen und des Innern wie auch mit der Reichskasse in Verbindung und erklärte allen Ministerien, daß das Zentralkomitee die Erteilung der Erlaubnis zur Einreise von Sinowjew und Bucharin verlange. Auf besondere Anfrage der einen Regierungsstelle erklärte Genosse Rosenfeld, daß das Zentralkomitee einstimmig die Gewährung dieser Erlaubnis wünscht. Die Entscheidung ist dann in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts gefallen. Wie wir hören, werden der Einreise der Genossen Sinowjew und Bucharin keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Die Parteigenossen ersehen daraus, daß das Zentralkomitee alles getan hat, um die Erlaubnis zur Einreise für die beiden russischen Genossen zu erwirken. Das Zentralkomitee hat sich bei diesen Bemühungen für die russischen Genossen nicht im geringsten dadurch betreten lassen, daß Sinowjew in demselben Telegramm, in dem er die Hilfe des Zentralkomitees erbat, die Genossen Crispin und Dittmann beschimpfte. Vor den deutschen Genossen bedarf es keiner besonderen Zurückweisung, daß unsere Genossen Crispin und Dittmann die Beschlüsse des Moskauer Kongresses verdrängt hätten. Das offizielle Material der 3. Internationale, ihre Leitfäden und Beilagen, ist wörtlich veröffentlicht worden. Eine Verdrängung der Beschlüsse war daher nicht möglich und ist auch von Crispin und Dittmann niemals versucht worden.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

## Wiederzusammentritt des Reichstags

Wie mitgeteilt wird, will der Reichstagspräsident Löbe den Reichstag zum Dienstag, 12. Oktober, einberufen. Ueber die kommenden Arbeiten wird der Aelterntat einen Beschluß herbeiführen, nachdem die Regierung dem Reichstoge eine Zusam-

menstellung der ihm zugeordneten Arbeiten für den Winter unterbreitet hat. In erster Linie wird es sich um die Lösung der neuen Steuerfragen handeln, über die das Reichsfinanzministerium eine Denkschrift vorbereitet.

Als wieder neue Steuern. Daß es sich nicht um Besitzsteuern handeln wird, dürfte kaum einem Zweifel unterliegen.

## Russische Gegenangriffe

Königsberg, 6. Oktober.

In der Südfrent sind die Bolschewisten nach Festigung ihres Widerstandes allmählich Prokofow und nördlich davon zum Gegenangriff übergegangen, der zu brillianten Erfolgen, nämlich der Befreiung der Ortschaften Derahusja und Petrischow und der Erreichung des Sturzhilfs führte.

In der Zentralfrent ist die Lage unverändert. An der Nordfront erreichte der rechte polnische Flügel nach Ueberstreichen des Njemen in Richtung auf Minsk Stankow und Koidanow. Die Bolschewisten haben sich hier auf den Uffah Fluß zurückgezogen.

## Der Kampf gegen den Hunger

Moskau, 6. Oktober.

Ein Funkspruch an alle meldet: Das allrussische Zentral-Foakungs-komitee hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Von allen arbeitenden Bauern Rußlands wird eine vollständige unweigerliche Ausführung der Lebensmittelablieferung verlangt.
2. Die Arbeiten zur Verfestigung von Nahrungsmitteln sind in kürzester Zeit zu beenden.
3. Zu den Versorgungsarbeiten sind die besten Kräfte heranzuziehen.
4. Den Versorgungsarbeiten ist dieselbe Bedeutung zuzuwenden wie den Transportarbeiten.

Der Funkspruch fordert zum Schluß die russischen Arbeiter auf, dem Ruf des höchsten Organs Folge zu leisten und die Kräfte zum Kampf gegen den Hunger anzuspornen.

## Das Referendum der Bergarbeiter

London, 6. Oktober.

Auf der Tagung der Nationalkonferenz der Delegierten der Bergleute wurde beschlossen, mit 530 000 gegen 4000 Stimmen folgende Frage dem Referendum zu unterbreiten: Nehmt Ihr die von den Grundbesitzern vorgeschlagene Normalbasis einer Jahresproduktion von 240 Millionen Tonnen an oder wollt Ihr am 16. Oktober den Streik beginnen? Vorläufig wurde der Streikausbruch um 14 Tage verschoben.

London, 6. Oktober.

10000 Bergleute kreuzen als Protest gegen die Regelung in der Steinlohlenindustrie und zwar 7000 in Wales und 3000 in Schottland.

Frankreichs Angst. Nach einer Meldung aus Paris hat die französische Regierung den Delegierten der italienischen Gewerkschaften das Votivum zur Teilnahme am französischen Gewerkschaftskongress verweigert.



# Erster Betriebsrätekongress Deutschlands

(Vorsicherung aus der Beilage.)

Weil wir nun wissen, daß die Regierung weder gewillt noch in der Lage ist, unsere Anträge, die die Sabotage des Unternehmens unterbinden wollen, zu erfüllen, deshalb fordern wir von ihr — als Uebergangsmäßnahme — für die Arbeitslosen Unterstützung aus allgemeinen Mitteln in Höhe des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes.

Wenn nicht bald etwas geschieht, dann werden wir es sicher erleben, daß die in Arbeit stehenden Kollegen von den Arbeitslosen aus den Betrieben herausgeholt werden. Wir verlangen, daß für die Frauen und Kinder der Erwerbslosen in genügender Weise gesorgt wird. Die Zahlen der unterernährten Kinder sowie die Sterblichkeitsziffern sind ständig im Wachsen begriffen. Die Zahl der Prostituierten wächst infolge der großen Not. Wenn Sie als resolutionäre Betriebsräte gelten wollen, dann müssen Sie den vom Reichsarbeitslosenrat gestellten Anträgen zustimmen. (Beifall.)

**Vorsitzender Aufhäuser:** Der Beifall, den Sie eben dem Vertreter des Reichsarbeitslosenrates gespendet haben, zeigt, daß der Kongress ein starkes und volles Verständnis für die Not der Erwerbslosen hat. Da der Kongress aber nicht die Möglichkeit hat, die Erwerbslosenfrage erschöpfend zu behandeln, wäre es angebracht, wenn der Kongress eine Resolution beschließt, die sich mit dem Arbeitslosenproblem dauernd zu beschäftigen hat. Wenn wir den Erwerbslosen durchgehend helfen wollen, dann können wir das nur, wenn wir eine gemeinsame Kampfparsade finden, die alle Kopf- und Handarbeiter zu einer geschlossenen Front vereint. Ob wir diese Parole finden werden, muß sich im weiteren Verlauf der Tagung herausstellen.

## Wissels Schlusswort:

Ich kann feststellen, daß von den Diskussionrednern gegen meine Ausführungen sachlich nichts eingewendet ist. Ein großer Teil der vorliegenden Anträge ist völlig hinfällig, da sie die Kompetenzen des Kongresses überschreiten. Wenn dieser Kongress beispielsweise darüber entscheiden soll, ob die Gewerkschaften in den Arbeitsgemeinschaften bleiben sollen, so erkläre ich, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses gebunden sind. Zur Frage der Sozialisierung herrscht bei den Arbeitern in der Sozialisierungskommission vollste Einigkeit darüber, daß, wenn es zu einer Entscheidung ohne Entschädigung komme, die gesamte Kapitalistenklasse darunter fallen müsse. Wir müssen uns bei den hier zu fassenden Entscheidungen auf das Notwendigste beschränken. Ich mache deshalb den Vorschlag, daß Sie die vorliegenden Entscheidungen der beiden Referenten annehmen und alle übrigen Anträge dem Kongress zu wählenden Beirat als Material überweisen. Die Resolutionen Wissel-Hilferding bergen keine Meinungsverschiedenheiten in sich. Auch über das Endziel bin ich mit Hilferding einer Meinung. Wir müssen jedoch vor Erreichung dieses Endziels uns in den Wirtschaftszweigen, die noch nicht zur Sozialisierung reif sind, zu Maßnahmen verstehen, die als vorbereitende Schritte zur Verwirklichung des Sozialismus zu gelten haben. Ich will damit keine Verwässerung des Endziels betreiben, aber ich will auch nichts versäumen, was zur Umstellung der Wirtschaftsform notwendig ist. Dazu rechne ich in erster Linie eine durchgehende Schulung der Betriebsräte. Oft ist der Beweis dafür erbracht worden, daß die Betriebsräte infolge ihrer Unkenntnis nicht in der Lage sind, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes voll auszunutzen. Wir werden trotzdem, wenn auch langsam, unser Ziel: die Sozialisierung erreichen. Zuerst müssen wir dazu kommen, daß das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ausgeübt wird. Als vorbereitende Maßnahme führt die Mitbestimmung der Arbeiter zu unserm Endziel: der Verwirklichung des Sozialismus. (Leb. Beifall.)

## Hilferdings Schlusswort:

Zu Anfang seiner Ausführungen fordert Genosse Hilferding im Auftrag des Komitees zur einstimmigen Annahme der Resolutionen betr. die Verhinderung der Waffen- und Munitionstransporte gegen Sowjetrußland auf. Zur Sache selbst führt er aus: Ich halte die Auffassung für irrig, daß das Proletariat eines Tages plötzlich vor die Frage der Uebernahme der politischen Macht gestellt werden könne. Der Kampf um die politische Macht setzt sich zusammen aus einer Reihe einzelner Kämpfe, die in ihrer Zusammenfassung die politische Machtergreifung vorbereiten. Ich kann auch nicht zu jener Auffassung meine Zustimmung geben, die dahin geht, daß man die Bergarbeiter vor Illusionen warnen solle. Wir haben keine Illusionen. Durch die Sozialisierung des Bergbaues ist der entscheidende Schritt zum Sozialismus getan. Und mit der Niederringung des bürgerlichen Widerstandes kann der Machtkampf weitergeführt werden. Der kapitalistische Widerstand ist einseitig, er heißt: Widerstand gegen jede Sozialisierung. Auch die Front der Arbeiterklasse muß einseitig sein. Ihre Forderung muß sein: keine Zwischenlösungen, sondern die Vollsozialisierung des Bergbaues.

Wir müssen die großen Schlüsselindustrien fest in der Hand haben, und wir können das nur, wenn wir die Kapitalisten ausschalten. Ich möchte hier keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich Gegner der Arbeitsgemeinschaften bin. Es fällt keinem Gegner der Arbeitsgemeinschaften ein, sich gegen Tarifabschlüsse zu wenden. Aber wenn Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu führen, so sage ich allerdings, daß dies unmöglich ist. Das haben gerade die letzten zwei Jahre gelehrt. Gerade die Bergarbeiter, die Begründer der Arbeitsgemeinschaften, sind die härtesten Gegner der Sozialisierung. Im Wirtschaftskampf gilt der Klassenkampf, nicht die Arbeitsgemeinschaft.

Hilferding wendet sich ebenfalls scharf gegen die Forderung, die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe einzufassen wird, und weist sie als durchaus verlogen zurück. Er führt dann fort: In meiner Resolution ist mein Standpunkt klar und präzis ausgedrückt. Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht schließt den Kampf um die Sozialisierung in sich. Gegenwärtig sind wir vor eine ganz konkrete Frage gestellt: die Sozialisierung des Bergbaues.

Das ist keine Angelegenheit der Bergarbeiter, sondern der ganzen deutschen Arbeiterklasse, ja der Arbeiterklasse der Welt. In England, in Amerika, werden diese Kämpfe Widerhall finden und neue Kämpfe entzünden. Und in dieser Entfesselung neuer Kämpfe liegt bereits eine neue Erstarung des proletarischen Machtwortes. Gewiß will ich auch die Produktionskontrolle. Aber wenn es sich handelt um die Sozialisierung des Bergbaues, können wir uns nicht begnügen mit der Produktionskontrolle. Unser Ziel auf diesem Wege kann nur die Durchführung des Sozialismus sein. (Lebhafter Beifall.)

Aufhäuser-Berlin schlägt vor, die beiden Resolutionen der Referenten logisch zur Abstimmung zu bringen, dagegen alle anderen Resolutionen und Anträge dem noch zu wählenden Beiräte zu überweisen.

Schmidt-Berlin wendet sich gegen die Ueberweisung des Antrags der Erwerbslosen an den Beirat und erklärt, daß sie wohl zu sachlichen Änderungen bereit seien, daß aber über die Resolution im Plenum abgestimmt werden soll. Im gleichen Sinne spricht Buchheim, während Strahmann-Berlin den Vorschlag Aufhäusers unterstützt.

In der nunmehr folgenden Abstimmung wird die Resolution Wissel mit der Abänderung, daß es statt Sozialisierung des Kohlenbergbaues nun Sozialisierung des Bergbaues heißt.

Die Solidaritätserklärung für Sowjetrußland wird einstimmig angenommen. Weiter wird beschlossen, alle Entwürfe, auch die der Erwerbslosen, dem Beirat zu übergeben.

Ein Vertreter der Opposition bringt zur Kenntnis, daß Wissels Behauptung, daß gegen seine Ausführungen keine Einwände erhoben worden seien, nicht stimmt, da von 40 oder 50 bescheidenen Diskussionrednern nur sechs reden konnten.

Riel-Dorimund (Bergarbeiter) teilt mit, daß die Bergarbeiter von verschiedenen Seiten aufgefordert wurden, das Verfahren von Ueberwachern einzustellen. Er weist darauf hin, daß gerade die Metallarbeiter, die Bauhandwerker und andere die Leistung von Ueberwachern verlangt haben. Beschließt man hier, seine Ueberwachern mehr zu verschaffen, so werden wir mit einem Willkommen zu Hause empfangen werden.

Ruhn-Chemnitz beantragt im Namen der Opposition, daß zu den Punkten 3 und 4 der Tagesordnung Korrespondenzen zugelassen werden und zwar solche, die auf dem Boden der 3. Internationale stehen. (Heiterkeit und Unruhe.)

Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Neuter-Mainz wendet sich gegen den Antrag der Opposition. Als er davon spricht, daß sich die Opposition Redner von auswärts kommen lasse, kommt es zu andauernder heftiger Unruhe. Nach weiterer lebhafter Geschäftsordnungsdebatte wird mit 455 gegen 379 Stimmen beschlossen, der Opposition für die beiden folgenden Tagesordnungspunkte Korrespondenzen zuzulassen. (Lebhafter Beifall.)

Einem Antrag, der für die Diskussion zu den beiden folgenden Tagesordnungspunkten vorsieht, daß in erster Linie die Vertreter der einzelnen Industriezweigen das Wort erhalten sollen, wird nach kurzer Aussprache abgelehnt. Auf Vorschlag Aufhäusers wird weiter beschlossen, die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung gemeinsam zu verhandeln. Daraus werden die Verhandlungen auf Donnerstag früh 8 Uhr verlegt.

## Resolution Wissel

Die zweijährigen Versuche, die Wirtschaft wieder aufzubauen, sind gescheitert.

Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen kurzen schmerzhaften Ausschlag nach Aushebung der Blockade. Sie ist heute in unaufhaltbarem Zerfall. Die Produktion sinkt, Betriebe werden stillgelegt, abgebrochen, Maschinenerie ganz oder in Teilen ins kapitalistische Ausland verschoben. Die wachsende Geldentwertung und Balutaverschlechterung speert Deutschland die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln in steigendem Maße. Beides zusammen mit dem steigenden Bankrott der Staatsfinanzen speert Deutschlands internationale Kredite. Die rapide Geldentwertung läßt die Kaufkraft der beiden Massen immer weiter hinter den steigenden Warenpreisen zurückbleiben. Bei dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nehmen die Preise den Charakter von Monopolpreisen an.

Das Kapital nützt die Situation und macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne, die aus den Taschen des Volkes fließen, das immer mehr verarmt. Das Kapital sucht sich durch tausende Finten und Listen der Besteuerung zu entziehen und die Steuern auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger abzuwälzen.

Auf den bisherigen Wegen unserer Wirtschaft kommen wir aus dem Elend unserer Lage nicht heraus. Die kapitalistische Wirtschaftslehre, wonach die Förderung des eigenen Interesses der Allgemeinheit am besten diene, hat ihre innere Unwahrheit jedem klar offenbart. Sie darf keine Geltung mehr haben, soll nicht den Millionen der werktätigen Bevölkerung absolute Verelendung und gänzlicher Untergang drohen.

Je weiter der Zerfall der Grundlagen der Produktion und die Körperliche und geistige Schwächung und Verkümmung aller Arbeitskräfte vom Handarbeiter bis zum Techniker und Erfinder fortschreitet, um so schwieriger wird der Wiederaufbau. Die individuelle Initiative des Unternehmers, die Technik und Produktionsumfang fördert, genügt nicht, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und der Stärkung des Einflusses der Hand- und Kopfarbeiter auf die übrige Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden.

Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter planmäßiger einheitlicher Leitung als unmittelbare vergesellschaftete Produktion weiterzuführen.

## Resolution Hilferding

Der Kongress konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach dem Kriege zu einer akuten Verschärfung und absoluten Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen geführt hat.

Nur die Ueberwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Kopfarbeiterklasse. Der Kongress erklart in den Versuchen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsrechte zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verwerfliche Illusion. Der Kongress fordert daher die Betriebsräte und die Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere hält der Kongress es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues diese Ziele durchzusetzen.

## Die Sprengkolonnen

Es ist eine Tatsache, daß in der U. S. P. D. seit Jahr und Tag kommunistische Zellen organisiert waren, die die Aufgabe hatten, die Partei zu unterwühlen und zu spalten. Otto Rühle schreibt darüber im Dresdener „Kommunist“:

„Die KPD hat planmäßig Sprengkolonnen organisiert, die innerhalb der USP wählen und arbeiten, um die Partei auseinanderzutreiben. Das tun dieselben Leute, die nicht laut genug die Parteigeschlossenheit und Parteidisziplin betonen können. Daß sie damit ihre Genossen zu Herrschaftspraktiken schulen, die sich einmal schwer an der KPD selbst rächen werden, kommt ihnen anscheinend nicht zum Bewußtsein. Uns soll es recht sein. Es ist uns auch recht, wenn die USP-Genossen zu Spatriaden gehen. Sie brauchen diese Erfahrung noch. Darum soll man sie nicht hindern, sie zu sammeln. Enttäuschung und bessere Einsicht werden bald genug kommen.“

Otto Rühle weist in der KPD, eintragsweise Bescheid. Wer die Treibereien, die nicht erst nach dem Moskauer Kongress, sondern schon lange vorher in unseren Organisationen einfallend wurden, aufmerksam verfolgt hat, der weiß, daß Otto Rühle durchaus nur eine glatte Tatsache feststellt. Dem Treiben dieser Personen hat es jetzt die Arbeiterklasse zu verdanken, daß ihre Aktionskraft gelähmt worden ist und daß das Bürgertum den lachenden Dritten spielt.

## Die lachenden Dritten

Die „Post“, das Organ der schwerindustriellen Scharfmacher, schreibt in einem Leitartikel:

„Wären die Zeiten nicht so ernst und die Folgen nicht so bedenklich, man könnte seine helle Freude an den Zuständen haben, die sich im Laufe der letzten Wochen in der Unabhängigen Sozialdemokratie entwickelt haben.“

Die „helle Freude“ der Reaktionsgenossen ist verständlich. Je größer die „Erfolge“ der kommunistischen Spaltungsaktion, desto unbedingter der Triumph der schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse.

## Aus der Partei Zum Parteitag in Halle

Am Montag, den 11. Oktober, mittags 1 Uhr, treten im kleinen Saal des Volksparks in Halle die Mitglieder des Zentralkomitees, des Beirats und der Kontrollkommission zu einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der Bezirksorganisationen zusammen. Die Bezirksleitungen werden ersucht, einen Parteitagsteilnehmer schriftlich zur Teilnahme zu bevollmächtigen und mit den nötigen Materialien und Informationen zu versehen, damit in der Sitzung die Wahlen zum Parteitag soweit vorgeprüft werden können, um eine Liste der Delegierten aufstellen und die Delegiertenkarten ausfertigen zu können. Notwendig ist die Vorlage des Zahlenmaterials über die für beide Listen abgegebenen Stimmen, je eines Exemplars der Listen sowie der Wahlbekanntmachungen.

Gleichzeitig werden die Genossen, die Proteste gegen Delegiertenwahlen einlegen wollen, ersucht, diese Proteste sofort an die Adresse des Zentralkomitees einzuliefern und dabei vor allem anzugeben, ob Urmahl erfolgt ist und die Mandate auf die Listen nach der Stimmenstärke verteilt worden sind. Es wird dringend gebeten, rechtzeitig zu erscheinen. Mit Parteigruß!

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

## Erklärung

Am jedem Jertum und jeder Irreführung vorzubeugen, erklären wir, daß wir gegen die zahlreichen Aufrufe des Zentralkomitees, die sich in ihrer Tendenz sämtlich gegen den sofortigen Anschluß an die dritte Internationale richten, protestiert haben und daß diese Aufrufe, Mitteilungen usw. gegen unseren Widerspruch beschlossen worden sind.

Ernst Däumig, Walter Stoeder, Adolf Hoffmann, Wilhelm Koenen, Bertha Brauntal.

## Die Kommunisten und die Anschlußbedingungen

Wir hatten vor einiger Zeit aus einem Artikel des Genossen R. Kürbs im Halleischen „Volkblatt“ eine Äußerung Dr. Paul Levis in einer Berliner Versammlung zitiert. Hierzu schreibt uns nun Dr. Levi:

„Die von Kürbs in Halle aufgestellten Behauptungen, ich hätte in einer Mitgliederversammlung der U. S. P. D. in Berlin gesagt, die „Bedingungen“ der kommunistischen Internationale würden von uns ausgelegt werden, wie wir sie auffassen, würden noch sehr viel schwerer werden usw., — diese Behauptungen sind — von wem weiß ich nicht — erfolgt. Ich habe weder dem Wortlaut noch dem Inhalt nach etwas Derartiges gesagt.“

Zu dieser Erklärung schreibt uns Genosse Kürbs, es sei möglich, daß er die Äußerung Levis nicht genau wörtlich wiedergegeben habe. Dem Sinne nach aber habe sich Levi so geäußert, wie er in seinem Artikel geschrieben. In dem Briefe seines Gewährsmannes, eines Kommunisten, der gleichfalls den Wortlaut der Äußerung Levis bestrittet, heißt es in der Tat:

„Daß Levi gesagt hat, man wird den Leuten, welche jetzt zu unserer Partei (nicht zur 3. Internationale) kommen wollen, Bedingungen stellen, das unterstreiche ich auch hier mit noch einmal; aber das ist doch auch etwas ganz Selbstverständliches, das hat doch niemand anders zuerst eingeleitet, als gerade Du.“

Demnach handelt es sich bei der ganzen Angelegenheit um einen Streit um Worte, denn es ist kaum anzunehmen, daß ein Parteigenosse Dr. Levis ihm eine Äußerung zuschreiben würde, die er nicht getan hat.

## Glückliche Reise

Die Zurechtweisung, die wir neulich dem eigenartigen Gebaren des Genossen Karl Schneidt teilen werden ließen, hat uns eine Schimpfkanonade von fast vier Spalten Länge in seinem Blatte eingetragen. Trotz allem Schimpfen, das wir mit Gelassenheit hinnehmen, kann er allerdings unsere Feststellungen nicht erschüttern. Unsere Behauptung, daß er uns mit Zusendungen über seinen Beitritt zur USP bombardiert hat, bekräftigt er zwar, bemerkt aber zugleich heulend: „Möglich ist allerdings, daß ihr (der „Arbeit“) ein einziges Mal die Nachricht von seinem Beitritt zur Partei in knapper Fassung zugesandt wurde, auf keinen Fall jedoch in es mehr wie einmal geschehen.“ Schneidt argumentiert hier ganz nach dem Muster jenes Wägelchens, das auf die Vorwürfe seiner Mutter ob des Verlustes seiner Jungfernschaft entrückt erwiderte, es sei doch nur ein einziges Mal geschehen.

Auch sein Eintreten für die Koalitionspolitik wagt Schneidt nicht zu bestreiten. Ja, er erklärt ausdrücklich, daß er jedes Wort von dem, was er damals gesagt, noch heute unterschreiben könnte. Also noch heute hält Schneidt an der Auffassung fest, daß unsere Partei nach den Wahlen gemeinsam mit den Rechtssozialisten und den Bürgerlichen die Regierung hätte übernehmen müssen. Wie er diese Ansicht mit seinem plötzlichen Opportunismus und den 21 Punkten vereinbaren will, ist sein Geheimnis. Auf jeden Fall können wir seine Rückänderung, er gehe zu Lenin und Trotski, nur mit den Worten begleiten: „Glückliche Reise“.

## Der Knüppel anstelle des Rechts

Zu der selbstverständlichen Erklärung des Zentralkomitees, daß die Verpflegung, die Delegiertenbestimmung für Halle durch Urmahl vorzunehmen, für alle Orte gilt, sagt nett und schön die „Sozialistische Republik“ in Köln: Die bisher gewählten Delegierten werden vollständig erscheinen, mit oder ohne Urmahl. Mäkel der kleine Kreis der rechten Parteibureauführer einen Staatsreich... so wird sich der Parteitag ohne sie konstituieren. Der Parteitag findet in Halle statt, in der Hochburg des linken Flügels der USPD. Das soll ein gutes Zeichen sein.

Sollen die Halleischen Parteigenossen ihre Wäse mit Knotenlösen empfangen? Damit Unrecht Recht werde?

Wo bleibt das Feuerbestattungsgeheiß? Die demokratische Tradition der Landesversammlung fragt an, aus welchen Gründen das seit längerer Zeit fertiggestellte Feuerbestattungsgeheiß dem Partiament nicht vorgelegt wird, da die Zahl der Feuerbestattungsanhänger ständig wächst.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit Ludwiger Zweig, tags vom 27.—29. September in Stuttgart. Die Tagung war von 30 Delegierten besucht und wurde von Dr. Anita Augsburg geleitet. In öffentlichen Abendversammlungen sprachen zur Wählerverbindung anderer deutschen Rednerinnen Wilh. F. Howard von den Cadern, Madame Duchene, Paris, die Führerin der französischen pazifistischen Frauen, die bereits 100 000 Francs für die Kinder der Zentralmächte gesammelt hatten und Prof. Dr. Remy aus Washington. Versuche ausländischer Besucher, die Versammlung zu stören, wurden im Keime erstickt.

Korrespondenz gegen die sozialistische Mehrheit in München. Der Bürgerrot Münchens ersucht einen Aufruf an die Einwohner von München, bezich gegen die sozialistische Mehrheit im Gemeinderat wendet und Neuwahlen verlangt.

# Niemand ist so klug,

jedem Ärger und Verdruß aus dem Wege gehen zu können. Aber jenen lästigen, kleinen, nervös machenden Ärger mit schlecht passenden oder schlecht sitzenden Augengläsern können Sie sich ein für allemal ersparen, wenn Sie nur Optiker Ruhnke's garantierte Augengläser tragen. Wir garantieren Zufriedenheit und tun alles für Sie, was überhaupt möglich zu machen ist. Wir halten, was wir versprechen, das beweist nachstehendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Ruhnke!

Als Ihr langjähriger Kunde (ich wohnte früher in Friedmann) möchte ich nicht verfehlen, Ihnen meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die aufmerksame Bedienung, die ich wieder einmal in Ihrer Geschäftsstelle am Alexanderplatz erfahren habe. Die große Mühe, die sich zwei Ihrer Herren Angestellten bei der gewissenhaften (kostenlosen) Augenuntersuchung, bei der sorgfältigen Auswahl eines goldenen Fingerkniefers und beim Schleifen der möglichst großen Sanoskopgläser gegeben haben, machen es mir zur angenehmen Pflicht, auch weiterhin Ihr dauernder Kunde zu bleiben und Ihre Firma in meinen Kreisen

bei jeder Gelegenheit zu empfehlen. Weitgehendste Kulanz in Verbindung mit gediegener Arbeitsleistung und mäßigen Preisen ist Ihr Geschäftsprinzip, eine Tatsache, die in dieser schweren Zeit für ein Geschäft nicht hoch genug angeschlagen werden kann.

Hochachtungsvoll ergebenst

K. G. . . . Seminarlehrer.

## Kostenlos

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von M. 16.— an. Dafür erhalten Sie bei uns schon einen guten Gold-Double-Knifer (ohne Gläser) und dazu noch ein bis zwei Jahre Garantie, d. h. „so lange alle Reparaturen umsonst“, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wurde. Nur für Hornsteile, Schildpatt und für zerbrochene Gläser haben Sie noch zu zahlen. Es gibt Meisterwerke in Augengläsern. Einmal Tages werden Sie auch danach verlangen. Von da ab tragen Sie keine andere mehr. Ihr Name ist Sanoskop.



- Charlottenburg:** Teatiner-Str. 13, Ecke Hamburger Str. / Seckendorfer Str. 2, nahe Bf. 130
- Wilmersdorf:** Berliner Str. 132-33, nahe Uhlenh.
- Schöneberg:** Hauptstr. 21, Ecke Klagenf. / Friedenau: Rheinl. 18, Ecke Rindl. / Neudörf: Bergstr. 4, Ecke Bismarck. / Spandau: Breite Str. 14, nahe Markt
- W Friedrich-Str. 193a** / Ecke Leipziger Str.
- Leipziger Str. 113** / Ecke Neuer-Str.
- Lin - Str. 1** / Ecke Potsdamer Str.
- SO Oranien-Str. 44** / zwischen Haupt- und Oranienplatz
- S Kottbuser Damm 10** / nahe Warenhaus Jandorf
- O Frankfurter Allee 14** / nahe Tier
- N Friedrich-Str. 106** / Ecke Jägerstr.
- Invaliden-Str. 164** / Ecke Brunnh.
- Invaliden-Str. 117** / am Götterh.
- NW Friedrich-Str. 150** / Ecke Dorstenerstr.
- N Chaussee-Str. 72** / nahe Wilmh.
- Schönhäuser Allee 61** / am Bf. Nordring

# Optiker Ruhnke

## Theater und Vergnügungen

- Volksbühne** 7 1/2 Uhr: Eine Landpartie / Verwickelte Geschichte
- Neues Volkstheater** 7 1/2 Uhr: Nora
- Neues Operettenhaus** 7 Uhr: Die Csikósbaronesse
- Staatstheater** 7 Uhr: Das Rheingold
- Deutsches Theater** 7 1/2 Uhr: Der Kaufmann von Venedig
- Kammerpiele** 7 Uhr: Brandstifter
- Großes Schauspielhaus** 7 Uhr: Danton
- Victor Dornow** 7 1/2 Uhr: Das Gelübde
- Deutsches Schauspielhaus** 7 1/2 Uhr: Die Scheidungsreise
- Königgräber Str.** 7 1/2 Uhr: Die 40 Schläge
- Walhalla Theater** 7 1/2 Uhr: Die 40 Schläge
- Wilhelm Hartstein** 7 1/2 Uhr: Die 40 Schläge
- Raich** 7 1/2 Uhr: Die 40 Schläge
- Romödienhaus** 8 Uhr: Der gemütliche Romm
- Berliner Theater** 7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer
- Residenz Theater** 7 1/2 Uhr: Die 40 Schläge
- Die Freundin** 7 1/2 Uhr: Die 40 Schläge

## Russische Korrespondenz

Soeben erschienen!

### Nr. 12-13

Aus dem Inhalt: M. Gorki: Wladimir Iljitsch Lenin. / R. Lenin: Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht. / R. Trocki: Die Arbeiterklasse und ihre Sowjetpolitik. / G. Lichtichin: Sowjet-Russland und Polen. / B. Weltman: Was die Sowjetregierung in zwei Jahren auf dem Gebiet der staatlichen Anlagen geschaffen hat. / F. Lebensow: Zwischen Sowjetrußland und Litauen. / A. Kosowski: Die Gewerkschaften in Sowjetrußland. / Die Tätigkeit des Allrussischen Metallarbeiterverbandes in den Jahren 1917-1920. / Aus der Tätigkeit des Obersten Volkswirtschaftsrates. / N. Trjaplin: Die Textilindustrie Sowjetrußlands. / Rumow: Die landwirtschaftliche Industrie. / J. Saurowski: Studium und Kolonisation des Nordens. / J. Sjurin: Die „Stoßgruppe“ der Metallfabriken in Petrograd. / J. Koffelewitsch: Die Zerkleinigung im Nordgebiet. / G. Kowowski: Rußland und die Ukraine. / M. Pawlowitsch: Die Ukraine als Objekt der internationalen Gegenrevolution. / W. Kerschgen: Das kollektive Schaffen im Theater. / J. Komarin: Die Bauernjugend und die kulturell anführende Bewegung auf dem Lande. / Die Elektrifizierung des Gouvernements Moskau. / J. Barin: Die Metallversorgung Rußlands. / Was haben wir früher aus dem Auslande bezogen und worauf können wir jetzt rechnen? / usw.

Illustrationen: Plakat zum Ersten Allrussischen Kommunistischen Samstag. / Sitzung der 2. Session des Petrograder Sowjets 1920.

**170 Seiten :: Preis Mk. 7.50**

Auslieferungsstelle für Deutschland: A. Seehof & Co., Verlag, Berlin C 54

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungssitz Berlin.

### Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

- Friedrich Schulz** / Weidenweg 85, am 3. d. Mts.
- Albert Schönberg** / Sickingenstr. 3, am 4. d. Mts.
- Nachruf.** / Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind: / Die Arbeiterin **Hedwig Bukowian** / Frankfurter Allee 184, am 4. d. Mts. / Die Arbeiterin **Minna Reetz** / Reußelstraße 64, am 20. September. / Ihre ihrem Andenken! / Die Ortsverwaltung.

## Spezial-Arzt

für Haut- und alle Geschlechtsleiden, Harn- und Blutuntersuchungen

**Dr. med. Karl Reinhardt**

Potsdamer Str. 117

Spezialarzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsan-Kuren

Spezial-Arzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsan-Kuren

Spezial-Arzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsan-Kuren

## Spezialbehandlung

für Haut- und Geschlechtsleiden

Phorosan-Heilinstitut für Haut- und Geschlechtskranke

Großbeerstr. 67

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden

## Briefmarken, Münzen

kauft Grossmann, Johannisstr. 4 / Berlin 10622.

## Spezialarzt

Haut-, Geschlechts-, Frauenleiden

Spezialarzt für Haut-, Geschlechts-, Frauenleiden

Spezialarzt für Haut-, Geschlechts-, Frauenleiden

## Haut-, Harn-, Geschlechts-

Unterleibsleiden bei Männern und Frauen werden schnell und gründlich mit seit über 20 Jahren von mir erprobten, bewährten und wissenschaftlich anerkannten Heilmitteln mit gutem und dauerndem Erfolge behandelt. Spezialist für elektrolytischen Licht- und Röntgenstrahlentherapie. Ohne Berufshilfe - Sprüche und Scheinbescheinigungen. 9-1, 4-7 1/2, Sonn- und Feiertage 9-11.

Heilanstalt Berlin SO 16, Bräutigamstr. 11 (am Bahnhof Jannowitzbrücke). Prof. P. Mitalowsky, Arzt, approbiert im Ausland.

## Geschlechtskranke

(Harnröhrenleiden, Ausfluß, Syphilis, Frauenleiden usw.) finden förmliches und ohne Berufshilfe im Natur-Institut (Spezialärztliche Beratung) Berlin SW, Wilhelmplatz 3 (direkt am Halleschen Tor). Sprechst. 10-1, 7-8, Sonnt. 11-1. Demoszimmer separat. Erfolge (siehe auch Bz), wo alles andere versagte. Dr. med. Ludwig Beschäfer für 2.00 Mk. in verschlossener Umschlag gibt Aufschluß.

## ZUR DISKUSSION ÜBER DIE 3. INTERNATIONALE

### DIKTATUR ÜBER DAS PROLETARIAT ODER DIKTATUR DES PROLETARIATS

DAS ERGEBNIS VON MOSKAU VON TONI SENDER 16 SEITEN : 60 PFENNIG

ZU BEZIEHEN DURCH DIE BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“, BERLIN C2, BREITESTRASSE 8-9 ORGANISATIONEN ERHALTEN RABATT

## Bekanntmachung.

Gemäß § 160 der Reichsversicherungsordnung wird der Wert der Sachbezüge wie folgt festgesetzt:

A. Dienstbezüge:

- für Betriebsbeamte (Werkmeister, Techniker, Kontrollanten usw.) auf jährlich 1000 M.
- für Arbeiter und sonstige Angehörige (Wagenführer, Schaffner, Hausdiener usw.) auf jährlich 800 M.
- für jugendliche Arbeiter (Lehrjungen, Postlerjungen, Lehrlinge usw.) auf jährlich 600 M.

B. Station, Wohnung, Bekleidung, einschließlich Heizung und Beleuchtung:

Station	Wohnung	Bekleidung	Heizung	Beleuchtung
2500	300	2500	45.-	
750	200	2500		
2500	100	2500		
2700	100	2500	45.-	

C. Wohnung, die das Maß des Bedarfs einer Person übersteigt (Familienwohnung):

- für die unter B I fallenden Personen jährlich 750 M.
- für die unter B II fallenden Personen jährlich 450 M.

D. Heizung und freie Beleuchtung:

Heizung	Beleuchtung
500	200
400	200

E. Einzelne Maßgebende für Arbeiter und sonstige Angehörige:

- Morgensuppe mit Brot 0,50 M.
- Frühstück 1,25
- Mittagsessen 2,00
- Nachmittagskaffee wie zu a 0,50
- Abendessen 1,75

zusammen: 7,00 M.

Diese Festsetzungen treten mit dem 17. September 1920 in Kraft. Berlin-Weißensee, den 17. September 1920. Das Versicherungsamt. J. D. Dr. Riemroth.

Diesen Betrag ist der wöchentliche bezugs monatliche Verordnungs- der beschlagnahmten Personen hinzuaddieren und gibt dieser Gesamtsumme als Grundlage für die Einzahlung in die betreffende Lohnkasse der unterzeichneten Kasse.

Mit Rücksicht darauf, daß die vorstehende Verordnung mit dem 17. September 1920 in Kraft getreten ist, erfolgt auch von diesem Tage ab die Berechnung der höheren Kassenbeiträge.

Berlin-Weißensee, den 1. Oktober 1920. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee. Garcke, Vorstandsber.

Beachtet bei Einkäufen unsere Inserenten.

# Erster Betriebsräte-Kongreß Deutschlands

## Der zweite Tag

### Wirtschaftspolitische Debatte und Schlusßworte

Trotz des durch den Streik der Elektrizitätsarbeiter unterbundenen Verkehrs kann der Kongreß pünktlich eröffnet werden. Wieder beginnt er mit einer Geschäftsordnungsdebatte. Die gestrige Sonder Sitzung der Opposition hat einen Protest gegen die Erklärung Aufhäuser über die Begrüßungsrede Losowskys gezeitigt. Die kommunistische Opposition tritt scharf und energisch auf und kämpft in zahlreichen Anträgen und Reden zur Geschäftsordnung gegen die Leitung. Das geschieht, um die „Würde“ des Kongresses zu wahren, wie die Redner der Opposition erklären. Sie klagen über Mundtotmachung der Opposition, obwohl eigentlich nur die Opposition redet. Graßmann mahnt als Vorsichtiger zur Fortsetzung der sachlichen Arbeit, was die Entrüstung der Opposition hervorruft. Ein Antrag auf Schluß der Debatte und Uebergang zur Tagesordnung rüst einen neuen Oppositionsredner auf den Plan, der indes den lauten Widerspruch des größten Teiles der Versammlung hervorruft. Dann wird der Antrag gegen etwa 30 Stimmen angenommen, womit die Stärke der kommunistischen Opposition festgelegt ist. Auch ein Antrag, die Leitung des Kongresses durch eine andere zu ersetzen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Die U. S. P.-Mitglieder des Kongresses geben die Erklärung ab, daß sie von dem Vorgehen der Opposition nicht unterrichtet waren und nichts damit zu tun haben.

Graßmann stellt dann mit, daß eine Abordnung der Berliner Arbeitslosen im Kongreßlokal eingetroffen ist. Die Abordnung richtet an den Kongreß die Aufforderung, daß sie mit beschließender Stimme zum Kongreß zugelassen werde. Darauf erhält auf Vorschlag des Bureau der Genosse Schmidt namens des Reichsarbeitslosenrates das Wort zur Begründung des Antrages der Arbeitslosen. Er erklärt die Regierung für unfähig, den Erwerbslosen zu helfen. Darum wollen die Arbeitslosen vor dem Kongreß ihre Anträge vertreten, damit die Betriebsräte das Problem kennen lernen und positiv für die Erwerbslosen zu wirken vermögen. Die Vertreter der Erwerbslosen werden zum Kongreß zugelassen, aber die Erörterung der Arbeitslosenfrage und die Besprechung der Anträge der Arbeitslosen wird verbunden mit der Diskussion über die Referate Wissell und Hilferding.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission beginnt die Diskussion über die Referate Wissell und Hilferding.

Es sind zahlreiche Anträge eingegangen, darunter einige der U. S. P.-Betriebsräte. Sie fordern den Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft und empfehlen den Bergarbeitern, den Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues damit einzuleiten, daß sie der kapitalistischen Kohlenwirtschaft die Ueberflüssigen verweigern. Als Kampfmittel wird in einem anderen Antrage der Generalstreik gefordert. Ein weiterer Antrag verlangt die Ausarbeitung und die Vorlage eines besseren Betriebsrätegesetzes durch die sozialistischen Fraktionen des Parlaments. Die U. S. P.-Betriebsräte fordern den gemeinsamen Kampf der Betriebsräte um die Betriebskontrolle, Antrag Umbreit tritt ein für die Vollsozialisierung der Kohlenwirtschaft nach dem Vorschlag der Sozialisierungskommission.

Anderer Anträge gehen auf die Verhältnisse einzelner Industriezweige ein. Aus ihnen allen, wie auch aus den Ausführungen der Redner, von denen besonders die Vertreter des Bergbaues, der Eisenbahn und der Landwirtschaft zu nennen sind, spricht ein tiefer sachlicher Ernst und eine eingehende Kenntnis der Produktionsverhältnisse und Betriebsbedingungen, eine Erscheinung, die allein genügen sollte, um die Deffinitheit

davon zu überzeugen, daß die Arbeiterschaft reif, be-rufen und berechtigt ist, entscheidenden Ein-fluß auf Betrieb und Wirtschaftsführung zu fordern. Die Eisenbahnergenossen fordern unter anderem auch die Beamten auf, in Reich und Glied mit den Ar-beitern zu treten, damit alle Eisenbahnbedienstete gemein-sam für eine Kontrolle der bürokratischen Verwaltung und Betriebsführung durch die Räte kämpfen können.

Hausung-Chemnik spricht gegen die Harmoniepolitik der Gewerkschaften. Er hat recht, wenn er sagt, daß der Zu-sammenbruch der Wirtschaft, den auch Wissell erkennt, zugleich ein Zusammenbruch der Taktik ist, die durch die Arbeitsgemeinschaften gepflegt wurde, denn sie machte sich anheißig, mit ihren Mitteln die Wirtschaft in Gang zu bringen und den nötigen Einfluß für die Arbeiterklasse zu erlangen.

Im allgemeinen bleibt die Diskussion auf einem sachlichen Niveau. Im Vordergrund steht das Streben nach energischer, aber positiver Arbeit für die Erhöhung des Einflusses der Betriebsräte. Eine Fülle fruchtbarer Vorschläge zeigt immer wieder verständnisvollen Ernst. Im Anterior der Reden wie der Haltung des Kongresses aber klingt überall ein starker und unerschütterlicher Wille zum Kampf, um die letzten Ziele der Arbeiterklasse. Scharfe Kritik erfährt die völlige Unfruchtbarkeit der Regierungsmassnahmen in der Arbeitslosenfrage. Den verbrecherischen Wider-stand der Junker gegen die Verluste der Betriebsräte, die Landwirtschaft rationaliser zu gestalten, schärdert der Land-arbeitervertreter Müller mit eindringlichen und über-zeugenden Darstellungen aus der täglichen Er-fahrung.

Gegen 1 Uhr wird bekannt, daß der Eingang zum Kongreß-lokal mit Polizeisoldaten besetzt ist. Heftigste Erregung des Kongresses ist die Folge. Die Polizei glaubt, den Kongreß gegen die vor dem Lokal demonstrierenden Arbeitslosen schützen zu müssen. Der Kongreß lehnt diesen Schutz ab. Das Bureau gibt bekannt, daß es die Entfernung der Polizei bereits veranlaßt hat.

Die bedrängte Geschäftslage des Kongresses führt bald zu einem Antrag auf Schluß der Debatte, der mit knapper Mehrheit angenommen wird. Zur Begründung eines aus mehreren Positionen bestehenden Antrages der Arbeitslosen, der in der Forderung gipfelt, die Arbeiterklasse möge sofort in eine politische Aktion eintreten, um das Unter-nehmertum zum Rücktritt und zur Uebergabe der Betriebe an die Arbeiterräte zu zwingen, erhält Schmidt-Berlin das Wort. Er begründet seine Auffassung damit, daß die Unternehmung der Wirksamkeit der Betriebsräte immer wieder aufheben durch die Sabotage der Wirtschaft.

Aufhäuser fordert von dem Kongreß eine Rundgebung des Willens zur Macht, die den zu wählenden Rätekörper-schaften als Richtschnur dienen, die der bürgerlichen Gesell-schaft zeigen soll, daß in der Organisation der Betriebsräte ein neuer Kräftefaktor erstanden ist, dem es heiliger Ernst ist mit dem Kampfe um den Sozialismus. Das sei die beste Hilfe auch für die Arbeitslosen, deren Sorgen und Leiden unserer aller Sorgen und Leiden sind. Er schlägt vor, daß der Kongreß eine Körperschaft einsehen möge, die sich dauernd mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigen soll.

Die Schlusßworte. Wissell bespricht die vorliegenden Anträge. Er empfiehlt, die Anträge von allem zu befreien, was nicht sofort durchgeführt werden kann und worauf der Kongreß keinen Einfluß habe. Er will, daß sich der Kongreß beschränken möge auf einen Beschluß und ein Ziel, um alle Kräfte einzusetzen für dieses eine Ziel.

Hilferding wendet sich gegen die Auffassung, daß an einem Tage die Parole ausgegeben werden könnte, die politische Macht zu erobern. Der Machtkampf der Ar-beiterklasse setzt sich zusammen aus vielen Kämpfen um einzelne konkrete Ziele und Machtpositionen. Ein solcher Kampf von entscheidenden

der Bedeutung ist der Kampf um die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft. Er ist nicht Sache der Berg-arbeiter, sondern Sache der Arbeiterklasse. Hilferding bekenn sich als Gegner der Arbeitsgemeinschafteu. Sie sind Instrumente einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, die sich gerade in den letzten zwei Jahren als un-möglich erwiesen habe. Die Wirtschaftspolitik der Arbeiter-klasse erfordert den Klassenkampf, nicht die Gemein-schaft. Wirtschaftliche Gemeinschaft in sozialistischem Sinne kann erst die Folge, der Erfolg des Klassenkampfes sein...

Und wieder folgt eine Geschäftsordnungsdebatte. Die Opposition fordert zu den Punkten 3 und 4 der Tagesord-nung, Aufgaben und Organisation der Betriebsräte, Kor-referenten ihrer Richtung. Es zeigt sich deutlich, daß die Opposition erheblich stärker ist als die Gruppe, die bisher als Opposition in Erscheinung trat. Ein Anzeichen dafür, daß hier die Linie des Gegenseitigen anders verläuft, daß hier stärkere Meinungsverschiedenheiten vorliegen, die sich im weiteren Verlaufe der Tagung sicher noch fühlbar machen werden. Der Antrag auf Zulassung von Korreferenten wird mit 458 gegen 379 Stimmen angenommen. Der Kon-greß ist demnach in diesem Punkte auf zwei in zwei nahezu gleiche Hälften geteilt. Dann erfolgt Vertagung.

## Der Verhandlungsbericht

### Erster Verhandlungstag

#### Nachmittagsitzung

Nach der Mittagspause eröffnet der Vorjüngere Aufhäuser die Sitzung des Kongresses. Er begrüßt die inzwischen erschienenen russischen Gewerkschaftsführer und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Gäste auf der Tagung des Kongresses einen Einblick in die Bewegung der deutschen Gewerkschaften bekommen mögen. Der Führer der russischen Delegation, Losowsky, hält dann eine längere Begrüßungsansprache, in deren Verlauf er über die Aufgaben und Tätigkeit der russischen Betriebsräte und Gewerkschaften eine Dar-stellung gibt. Er benutzt die Gelegenheit dazu, gegen die deutschen Gewerkschaften und gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinter-nationale schwere Vorwürfe zu erheben.

Der Vorjüngere Aufhäuser stellt fest, daß der russische Genosse weit über den Rahmen einer Begrüßungsansprache hinaus-gegangen ist. Aufhäuser berichtigt dann im einzelnen die gegen die deutschen Gewerkschaften und gegen den internationalen Ge-werkschaftsbund gemachten Vorwürfe.

Sodann erteilt Aufhäuser dem Genossen Rudolf Hilferding das Wort zu seinem Referat über

#### „Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung.“

Genosse Hilferding führt aus: Wenn ich über die politischen und die ökonomischen Machtverhältnisse sprechen soll, so muß ich die Ent-wicklung der deutschen Arbeiterbewegung seit dem 9. November 1918 verfolgen. Der Zusammenbruch am 9. November traf die deutsche Arbeiterschaft völlig unvorbereitet. Sie waren zur Ueber-nahme der Macht weder materiell noch geistig vorbereitet. Die günstige Entwicklung der Arbeiterbewegung brachte es mit sich, daß das sozialistische und revolutionäre Ziel in den Hintergrund gedrängt wurde und die Revolution in Gefahr brachte, in eine Lohnbewegung großen Stiles auszuarten. Die Ausübung der politischen Macht wurde von den Arbeitern nicht im weitestgehenden Sinne durchgeführt, weil ein großer Teil für die Fortsetzung der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien eintrat. Ich betone, daß es nicht die alleinige Schuld einiger Führer, sondern auch die Schuld der Arbeiterschaft war, daß die politischen Machtpositionen nicht gehalten wurden. Auf diese Weise konnte die Sozialisierung nicht ermöglicht, das heißt, der Sozialismus nicht verwirklicht werden. Wir sehen heute das Bürokratismus und die Kapitalistenklasse wieder im Besitz sämtlicher politischen und wirt-schaftlichen Machtpositionen.

Die ökonomische Lage des Proletariats hat sich im Laufe der letzten Monate derartig verschlechtert, daß man sagen kann, daß die deutsche Arbeiterklasse die schlechteste der Welt ist. Die Kapitalistenklasse hat aber so gut wie nichts ein-gehüht. Sie ist im Gegenteil konzentrierter zusammengefaßt wie je zuvor. Von den Maßnahmen der Nationalversammlung hat

## Hunger

Roman von Knut Hamsun.

Erster Abschnitt.

Es war damals, als ich in Christiania herumging und hungerte, in jener seltsamen Stadt, die keiner verläßt, ehe sie ihn gezeichnet hat —

Ich lag wach in meiner Dachstube und hörte unter mir eine Uhr schlagend; es war schon ziemlich hell, und die Leute gingen an, auf den Treppen auf und ab zu laufen. Unten neben der Tür, wo mein Zimmer mit alten „Morgenblatt“-Kummern tapeziert war, konnte ich deutlich eine Bekanntmachung des Leuchturmspektors und eine fettstrotzende Ankündigung frischen Brotes von Bäcker Fabian Olsen lesen. Sobald ich die Augen aufschlug, begann ich aus alter Gewohnheit nachzufinnen, ob ich heute etwas hätte, worauf ich mich freuen könnte. In der letzten Zeit war es mir ziemlich knapp ergangen; meine Habseligkeiten waren Stück für Stück zum „Onkel“ gewandert, ich war nervös und ungebürlich geworden, ein paar mal hatte ich schon wegen Schwindelgefühls einen ganzen Tag das Bett hüten müssen. Hier und da, wenn das Glück gut war, hatte ich von irgendeinem Blatt fünf Kronen für ein Feuilleton bekommen.

Es wurde immer heller, und ich fing an, die Annoncen unten neben der Tür zu lesen; ich konnte sogar die mageren, grinsenden Buchstaben „Leichenwädicke bei Jungfer Andersen, rechts im Torweg“ unterscheiden. Das beschäftigte mich lange; unten hörte ich die Uhr acht schlagen, bevor ich auf-stand und mich ankleidete.

Dann öffnete ich das Fenster und sah hinaus. Von da, wo ich stand, konnte ich eine Wäscheleine und freies Feld sehen; weit hinaus lag der Schutt einer abgebrannten Schmiede, den ein paar Arbeiter wegräumten. Ich stützte mich mit den Ellbogen auf das Fensterbrett und starrte in die Luft hinaus. Es wurde gewiß ein klarer Tag; der Herbst war gekommen, die zarte kühle Jahreszeit, in der alles die Farbe wechselt und dann vergeht. Der Lärm, der in den Straßen bereits begonnen hatte, lockte mich hinaus; diese leere Kammer, deren Fußboden bei jedem Schritt, den ich machte, auf und ab schwankte, war wie ein unheimlicher Sarg; kein ordentliches Schloß an der Tür, kein Ofen; nichts pflegte ich meine Strümpfe anzubehalten, um sie des Morgens etwas trockener zu haben. Das einzige, woran ich Freude hatte, war ein kleiner, roter Schaufelstuhl, in dem ich abends

sah und träumte und an allerhand Dinge dachte. Wenn ein scharfer Wind blies und die Türen unten offen standen, drangen durch den Fußboden und die Wände allerlei seltsam stöhnende Laute, und das „Morgenblatt“ da unten neben der Tür bekam Risse, so lang wie eine Hand.

Ich erhob mich und durchsuchte ein Bündel, das hinten im Winkel neben meinem Bett lag, ob ich vielleicht etwas zum Frühstück darin fände; aber umsonst; dann ging ich wieder ans Fenster.

Gott mag wissen, dachte ich, ob es mir nicht mehr gelingen wird, irgendeine Anstellung zu finden. Die vielen ab-schlägigen Antworten, die halben Zusagen, ein offenes Nein, gehegte und getäuschte Hoffnungen, neue Versuche, die jedes-mal in nichts endigten: das alles hatte meinen Mut ver-nichtet. Zuletzt hatte ich eine Stelle als Kassenbote gesucht, war aber zu spät gekommen, außerdem konnte ich die Kau-tion von fünfzig Kronen nicht herbeischaffen. Immer gab es irgendein Hindernis. Ich hatte mich auch bei der Feuerwehr gemeldet. Wir standen gegen fünfzig Mann in der Vorhalle und waren uns in die Brust, um den Eindruck großer Kraft und Verwegenheit zu machen. Ein Bevollmächtigter ging umher und besah sich die Bewerber, befühlte ihre Arme und richtete diese und jene Frage an sie; an mir ging er vorüber, schüttelte nur den Kopf und sagte, ich könne meiner Brille wegen nicht in Betracht kommen. Ich ging noch einmal hin, ohne Brille, und stand da mit gerunzelten Brauen und machte meinen Blick so scharf wie ein Messer, und der Mann ging an mir vorüber und lächelte — er hatte mich wieder-erkannt! Das allerschlimmste war, daß mein Anzug anfangs, so schlecht zu werden, daß ich mich kaum mehr als anständig aussehender Mensch um irgendeine Stellung bewerben konnte.

Wie regelmäßig und eben was es fortwährend mit mir bergab gegangen! Zuletzt war ich aller möglichen Dinge entblößt; ich hatte nicht einmal mehr einen Kamm, oder ein Buch zum Lesen, wenn es mir zu trübselig wurde. Wäh-rend des ganzen Sommers war ich nach den Friedhöfen ge-gangen oder nach dem Schlosspark, wo ich dann soß und Ar-tikel für die Zeitungen schrieb, Spalte um Spalte, über die verschiedensten Dinge, wunderliche Einfälle, Launen, Er-findungen meines unruhigen Hirns; in meiner Verzweiflung hatte ich oft die seltsamsten Themata gewählt, mit denen ich mich lange abmühte, und die nachher nicht angenommen wurden. Wenn eins fertig war, fing ich ein zweites an; das Nein des Redakteurs machte mich selten niedergeschlagen; ich sagte mir immer, ein mal müßte es doch glücken! Und

wirklich, manchmal, wenn ich etwas Rechtes zusammen-brachte, trug mir die Arbeit eines einzigen Nachmittags fünf Kronen ein.

Wieder ging ich fort vom Fenster, trat an das Waschbeder und sprengte etwas Wasser auf meine Hosennäse, um sie schwarz und neuer aussehen zu machen. Nachdem ich das getan, steckte ich wie gewöhnlich Papier und Bleifeder in die Tasche und ging aus. Leise schlich ich die Treppe hinunter, um die Aufmerksamkeit meiner Wirtin nicht zu wecken; schon vor ein paar Tagen war meine Miete fällig gewesen, und ich hatte nichts mehr, sie zu zahlen.

Es war neun Uhr. Wagengerassel und Stimmen erfüllten die Luft, ein ungeheurer Morgenchor, in den sich die Schritte der Fußgänger und das Knallen der Mietkutschereppischen mischten. Dieses lärmende Treiben ermunterte mich sofort, und ich begann mich wieder zufriedener zu fühlen. Nichts lag mir fern, als nur einen Morgenspaziergang in der frischen Luft machen zu wollen. Was brauchten meine Lungen Luft! Ich war stark wie ein Riese und vermochte einen Wagen mit meinen Schultern aufzubehalten. Eine zarte, seltsame Stimmung, das Gefühl frühlicher Un-bekümmertheit hatte sich meiner bemächtigt. Ich fing an, die Menschen zu beobachten, denen ich begegnete; las die Plakate an den Mauern; fing irgendeinen Blick auf, der mir von einem vorüberfahrenden Pferdebahnwagen herab zu-gekommen wurde; ließ jede Kleinigkeit auf mich wirken, alle kleinen Zufälligkeiten, die meinen Weg kreuzten und ver-schwanden.

Wenn man an solch einem herrlichen Tage doch nur etwas zu essen hätte! Der Eindruck des klaren Morgens über-wältigte mich, ich wurde ganz unendlich vergnügt und fing vor Freude ohne jeden Grund an zu trällern. Vor einem Schlächterladen stand eine Frau mit einem Korb am Arm und spekulierte auf Würste zu Mittag; als ich vorüberging, sah sie mich an. Sie hatte nur noch einen Vorderzahn. Nervös und leicht empfänglich, wie ich während der letzten Tage ge-worden, machte das Gesicht des Weibes sofort einen wider-lischen Eindruck auf mich; der lange, gelbe Zahn sah aus wie ein kleiner Finger, der aus dem Riefer ragte, und aus dem Blut, mit dem sie mich ansah, lugte lauter Wu-ß. Sofort verlor ich den Appetit, und mir wurde übel. Als ich zum Bazar kam, ging ich an den Brunnen und trank ein wenig Wasser; ich sah auf — am Erloßerturm war es zehn Uhr.

(Fortsetzung folgt.)

das Proletariat seinen Vorteil gehabt. Dies setzt sich ganz besonders bei den erlassenen Steuererlassen. Von den beschlossenen direkten Steuern ist außer dem Lohnabzug nichts zu spüren. Unsere Finanzwirtschaft treibt dem völligen Ruin entgegen. Hatten wir vor dem Kriege einen Geldumlauf von 4 Milliarden, so ist die Summe jetzt auf 72 Milliarden Mark gestiegen. Die Regierung wirtschaftet mit der Banknotenpresse blind darauf los. Die notwendige Folge davon ist, daß die Kaufkraft unseres Geldes einen Tiefstand erreicht hat wie nie zuvor. Nach den amtlich herausgegebenen statistischen Zahlen stellt sich der durchschnittliche Ernährungsbedarf in Berlin etwa auf 800 M. pro Monat, dem ein Durchschnittslohn von circa 570 M. gegenübersteht. Das bedeutet eine absolute Verschlechterung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse. So ist es möglich, daß zur Zeit des höchsten Warenbedarfes ein Konsumrückgang zu verzeichnen ist; die werktätige Bevölkerung ist mit den schlechtesten Löhnen nicht in der Lage, die allernötigsten Bedarfsartikel einzukaufen.

An Hand einer Lohnstatistik der englischen Gewerkschaften zeigte der Referent, daß der englische Arbeiter etwa drei bis viermal so hoch entlohnt ist wie der deutsche Arbeiter. Im Gegensatz zu der Verehrung der Arbeiterklasse kann die Kapitalistenklasse ihren Profit und ihre Machtposition ausbauen. Wir brauchen nur an die Riesengewinne der deutschen Industrie zu denken, die uns in den bereits frisierten Bilanzen vorgelegt worden sind. Die Personenzahl der Kapitalistenklasse mag abgenommen haben, aber die Macht dieser Klasse hat in Deutschland ganz gewaltig zugenommen. Um das Proletariat vor einer weiteren Verehrung zu schützen, müssen wir an Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die sozialistische Wirtschaft setzen. Sozialisierung bedeutet aber nicht Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, sondern die Ausschaltung der Kapitalistenklasse. Es ist eine Utopie, zu glauben, daß wir die Kapitalistenklasse als Helfer der Produktion beibehalten können und nur auf dem Wege der Verstaatlichung oder durch organisierte Maßnahmen die kapitalistischen Preisgeleihe ausschalten können. Unsere Wirtschaft kann nur gedeihen, wenn eine Produktionssteigerung eintritt. Dazu ist notwendig, daß wir

#### eine andere Produktionsform

einführen, daß wir an Stelle der Profitwirtschaft gesellschaftliche Bedarfswirtschaft setzen, das heißt, sozialisieren. Solange die kapitalistische Wirtschaftsform besteht, solange werden die kapitalistischen Preisgeleihe nicht außer Kraft gesetzt werden. Wenn wir aber an Stelle der kapitalistischen Produktionsform die sozialistische setzen wollen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß es eine Machtfrage ist, die Verwirklichung des Sozialismus durchzuführen. Es ist die Frage zu lösen, ob die Arbeiterklasse über die ökonomische Energie verfügt, die zur Ausübung der politischen Macht notwendig ist. Für Deutschland und Westeuropa ist es eine Lebensfrage der Sozialisierung, daß der Fortgang der Produktion gesichert ist. Es ist aber auch weiter eine Utopie, anzunehmen, daß zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse ein gemeinsames Band bestehen kann, daß auf paritätischer Grundlage der Aufbau der Wirtschaft vorgenommen werden kann. Was heißt denn Parität in diesem Fall? Auf der einen Seite steht die machtvolle und geschlossene Front der Unternehmer, auf der anderen Seite die oftmals gelähmte Front der Arbeiterklasse. Parität bedeutet also weiter nichts als die Erhaltung der Macht der Kapitalistenherrschaft.

Wenn wir uns der Frage der Sozialisierung zuwenden, müssen wir uns erst darüber klar sein, welche Bedingungen hat die Sozialisierung als Voraussetzung? Wenn ich sagte, daß für Westeuropa der Fortgang der Produktion gesichert werden muß, so einerseits darum, weil wir unsere Rohstoffe und andere lebensnotwendige Artikel aus dem Ausland beziehen müssen, die wir nur mit Waren bezahlen können, andererseits, weil im Inland im Austausch zwischen Stadt und Land der westeuropäische Bauer für seine Produkte reelle Werte verlangt. Bei uns liegen die Verhältnisse eben wesentlich anders, als es in England der Fall war. Es wird häufig gesagt, die Sozialisierung sei gleichbedeutend mit einem Rückgang der Produktion. Weiter wird auch gesagt, das Proletariat müsse erst einen schweren Lebensweg gehen. Gewiß! Wer Gelegenheit gehabt hat, die Arbeiter an Höfen oder sonst in der Schwerindustrie bei ihren Arbeiten zu beobachten, der wird es verstehen, welche Gefühle diese Arbeiter haben müssen, wenn man ihnen sagt, daß sich diese Höllenqualen, die sie im kapitalistischen Produktionsprozess durchmachen, in der sozialisierten Wirtschaft noch verschärfen sollen. Es ist falsch, solche Wege zu gehen, und darum ist es Bedingung, daß wir die Sozialisierung mit Hilfe der bestqualifizierten Arbeiter, wie Ingenieure und Techniker, mit allen Hand- und Kopfarbeitern planmäßig durchführen. Darum ist es eine

#### Lebensfrage für die Sozialisierung

Immer mehr die Angelegtenbewegung mit den Arbeiter-Gewerkschaften zusammenzubringen. Wir wollen die Sozialisierung auf keinen Fall in der Form der Abspaltung oder Bureaucratisierung der Produktion bringen. Wir erstreben deshalb Selbstverwaltungskörper der Hand- und Kopfarbeiterklasse. Wir erstreben Industrieparlamente, in denen die Produzenten und Konsumenten vertreten sein können. Der Wettbewerb wird da nicht ausgeschaltet werden, sondern auch in der veränderten Produktionsform wird die Steigerung der Produktion im erhöhten Maße gegeben sein. In der sozialisierten Wirtschaft werden die Hand- und Kopfarbeiter mit erhöhtem Interesse arbeiten, weil ja Plan- und Bedarfswirtschaft im Interesse der Allgemeinheit betrieben wird. Als erste Phase der Sozialisierung ist die des Bergbaues und der Elektrizität zu erforschen. Wenn wir Kohlen, Kalk und elektrische Kraft im Besitz haben, wird es uns ein Leichtes sein, auch die gesamte Großindustrie zu sozialisieren. Wenn wir dieses Ziel erreicht haben, haben wir über fast alle anderen Industrien eine starke Machtposition, in der wir unsere Produktionspolitik treiben können. Neben der Sozialisierung dieser Industrien müssen wir vor allem aber auch den

#### Großgrundbesitz und die Fortschritt sozialisieren.

Dabei dürfen wir aber nicht an die Zerstückelung des Großgrundbesitzes denken, weil das ein technischer Rückschritt wäre. Hirsberg beschäftigt sich dann mit den beiden Vorschlägen der Sozialisationskommission für die Sozialisierung des Bergbaues, die demnach zur Beratung stehen. Dieser Laifach müßte der Betriebsrätekonferenz keine ganze Aufmerksamkeit widmen. Der eine Vorschlag verlangt die Volksozialisierung, während der andere die Beibehaltung des Einflusses der Kapitalistenklasse vorseht. Der Vorschlag der Volksozialisierung ist ein Mindestvorschlag. Wenn wir schon den Kampf um die Einzelsozialisierung durchführen müssen, so sage ich, müssen wir unsere ganze Kraft auf die Ausschaltung der Kapitalistenklasse legen, und uns nicht damit zufrieden geben, auf die Ausstufung dieser Klasse zu warten, was eine einen dreißigjährigen Krieg der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse bedeuten würde. Die Betriebsräte haben vor allen Dingen die hohe Aufgabe, für die Erreichung der Sozialisierung zu kämpfen. Es ist von höchem Interesse, daß sich dieser Gedanke auch in anderen Ländern, vornehmlich in England, verbreitet.

Die deutschen Gewerkschaften waren früher, rein real betrachtet, auf rein reformistischer Grundlage aufgebaut, während heute eine stärkere Aktivität um die Erringung der politischen und ökonomischen Macht sich bemerkbar macht. Der innere organisatorische Aufbau der Gewerkschaften und Betriebsräte wird erfolgen, jedoch darf darauf nicht die Stoßkraft verlegt werden. Von allergrößter Bedeutung ist der Ausbau der Betriebskontrolle, das Eindringen der Betriebsräte in alle Betriebsgeheimnisse der kapitalistischen Betriebe. Die Betriebsräte müssen sich davor hüten, um einzelner Betriebsereignisse in den Einzelbetrieben wegen, die großen historischen Aufgaben, die sie erfüllen und erreichen müssen, aus dem Auge zu verlieren. Das sozialistische Klasseninteresse, das sozialistische Endziel muß die Triebkraft alles Handelns sein. Vor allem haben die Betriebsräte sehr für die Erreichung der Sozialisierung zu kämpfen. Zu diesen Kämpfen, die in der allernächsten Zeit sich zu schweren Machtkämpfen auszuwickeln werden, ist die Einheitsfront des Proletariats notwendig. Um diese Einheit zu erzwingen, braucht das Proletariat eine Kampfpatrie, um die es sich sammelt, die seinen Interessen, seinem Klassenbewußtsein ent-

spricht. Es ist deshalb falsch, wenn das Proletariat durch einseitige Formeln getrennt wird. In diese Formeln im gegenwärtigen Augenblick die Bestrebung der Sozialisierung der Bergwerke entgegen. Wir Sozialisten wollen und werden uns nicht zurückgeben mit der Sozialisierung eines Industriezweiges, sondern wir werden, wenn die Macht des Proletariats durch Erringung der Sozialisierung im Bergbau vermehrt ist, dann mit ganzem Machtbewußtsein den Kampf fortzuführen. Dieses Klassen- und Machtbewußtsein brauchen wir, wie wir einen höheren Bewußtsein brauchen, der seit dem 4. August 1914 immer mehr abhanden gekommen ist. Den Kampf um die Sozialisierung der Bergwerke werden wir nicht führen zur Hebung der materiellen Interessen eines Standes, sondern weil wir eine neue Ära der Kultur herbeiführen wollen, in der die Arbeiterschaft als gleichwertiges Glied der Gesellschaft teilnehmen kann an den Schätzen der Kultur, der Wissenschaft und der Kunst.

Ich will mit dem Zitat eines englischen Gewerkschafters schließen:

„Eine Bewegung ist nur dann gefährlich, wenn sie von einer Idee getragen wird. Wenn es auch oft vorgekommen sein mag, daß Menschen mit hohen Idealen ihr Ziel nicht erreichen konnten, weil sie ihr Pulver nicht trocken hielten, so steht andererseits fest, daß eine noch so große Menge trodenen Pulvers nicht ausreicht, um eine Revolution ohne tragende Idee zum Siege zu führen. Konstruktiver Idealismus ist nicht nur die treibende Kraft jedes großen Aufstandes, sie ist auch das Bollwerk gegen die Reaktion.“

Sollten die Gewerkschaften die revolutionäre Macht der Zukunft werden, dann nur insofern, als sie vom wirklichen Idealismus besetzt sind. Solange sie rein materialistisch bleiben, haben sie nicht die leiseste Aussicht, das kapitalistische System gegen ein besseres zu vertauschen. Die Sozialisten, die ihr Vertrauen auf die Arbeiterorganisationen setzen, wollen, daß die Gewerkschaften mehr bedeuten sollen, als für ihre Mitglieder bessere materielle Lebensbedingungen zu erstreben.“ (Langenhaltender, starker Beifall.)

Schaumburg-Berlin macht dem Kongress die Mitteilung, daß nach Schluß der Tagung die Opposition zu einer Sonderbesprechung zusammentritt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Genossen Puschauer, wurde dann die Sitzung auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

### Zweiter Verhandlungstag

#### Vormittags-sitzung.

Der Vorsitzende Grafmann eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Schaumburg-Berlin unter lebhafter Anruhe des Kongresses eine

#### Erklärung der Opposition.

In dieser Erklärung wird gegen die Ausführungen, die der Vorsitzende Aufhäuser gestern nach der Rede des russischen Gewerkschaftsvertreeters Solowitsch gemacht hat, protestiert. Diese Erklärung spricht weiter aus, daß sich die Unterzeichner mit den Ausführungen Solowitschs einverstanden erklären.

Der Vorsitzende Grafmann erklärt dazu, daß er sich mit den von Aufhäuser zu diesem Punkt gemachten Ausführungen solidarisch erklärt, was mit stürmischen Psitrufen von einem kleinen Teil der Kongreßteilnehmer beantwortet wird. Ueber diesen Punkt entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf es zu heftigen Auseinandersetzungen kommt. Nach Verlauf einer halbstündigen Debatte besagt Grafmann dem Kongress, ob dieser die sogenannte Geschäftsordnungsdebatte weiter über sich ergehen lassen will. Er selbst vertrete die Ansicht, daß der Kongress höhere Aufgaben zu erfüllen habe, als endlose Geschäftsordnungsdebatten zu führen.

Brecht-Berlin stellt den Geschäftsordnungsantrag, die beiden Vorsitzenden Grafmann und Aufhäuser abzulehnen, „um die Würde des Kongresses zu wahren“, und an deren Stelle zwei Delegierte als Vorsitzende zu bestimmen. Ein von Hansen-Kiel gestellter Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Opposition, etwa 60 an der Zahl, angenommen. Der Antrag, dem Kongress eine neue Leitung zu geben, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Redakteur des Korrespondenzblattes des Gewerkschaftsbundes, Umbreit, wünscht das Wort zu einer Erklärung zu den von dem russischen Vertreter wiedergegebenen Zitaten aus dem „Korrespondenzblatt“. Da sich dagegen Widerspruch erhebt, verzichtet Umbreit darauf mit dem Bemerkten, daß er es an anderer Stelle nachholen werde.

Grafmann bringt dann eine Erklärung von U. S. P. Delegierten zur Kenntnis, die besagt, daß die betreffenden Delegierten von der Erklärung Schaumburg keine Kenntnis hätten und dieser somit nicht berechtigt gewesen, seine Erklärung auch im Namen der U. S. P.-Fraktion abzugeben. Grafmann teilt weiter mit, daß im Vortraum des Kongresses eine Delegation der Arbeitslosen Groß-Berlins anwesend ist, die an den Kongress das Ersuchen richtet, zu dem Kongress mit beschließender Stimme zugelassen zu werden. Ergänzend bemerkt Grafmann, daß die Delegation erklärt habe, sie sei der Reichsarbeitslosenrat, was er jedoch nicht feststellen lassen konnte. (Zurufe: Es stimmt aber!) Grafmann macht darauf aufmerksam, daß die Möglichkeit besteht, wenn der Kongress die Delegation ablehnt, daß eine Demonstration der Arbeitslosen Groß-Berlins den Kongress auslöst. Grafmann macht deshalb im Namen des Bureau des Vorschlag, einem Vertreter des Reichs-Arbeitslosenrates zur Begründung ihres Antrages das Wort zu geben. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Nachdem die Delegation im Saal anwesend ist, erhält der Vorsitzende des Reichsarbeitslosenrates, Schmidt-Berlin,

das Wort zur Begründung. Es wird den Delegierten des Kongresses die große Not und die ungeheure Zahl der Arbeitslosen bekannt sein. Wir Vertreter des Reichs-Arbeitslosenrates müssen feststellen, daß die Vertreter der Behörden weder die Kraft noch den Willen haben, etwas Positives für die Arbeitslosen zu tun. Durch die große Not, in der sich die Arbeitslosen befinden, geraten sie immer mehr in eine verzwirbelte Stimmung. Sie erwarten daher, daß dieser Kongress gewillt ist, in der Erwerbslosenfrage positive Arbeit zu leisten. An Hand von statistischem Material zeigt der Redner dann kurz die schwere Not der Erwerbslosen unter besonderer Betonung der hohen Sterblichkeitsziffer der Kinder der Arbeitslosen. Er erzieht den Kongress, all diese Fragen zu prüfen und die Vertreter des Reichsarbeitslosenrates mit beschließender Stimme zum Kongress zuzulassen.

Der Vorsitzende Grafmann gibt der Befürchtung Ausdruck, daß der Kongress nun nicht in der Lage ist, in ausgiebiger Weise das Arbeitslosenproblem zu besprechen. Es wäre daher wohl erforderlich, wenn der Kongress in Form konkreter Beschlüsse Positives leistet. Dazu liegen von Reichs-Berlin bereits Entwürfe vor.

Aufhäuser-Berlin macht dem Vorschlag, die Arbeitslosenfrage in Verbindung mit Punkt 1 und 2 zu behandeln. Der Kongress beschließt demgemäß.

Es wird dann in der eigentlichen Tagesordnung fortgefahren und zwar gibt Reuter-Kainz den

#### Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Infolge der großen Zahl der Delegierten sei es nicht leicht gewesen, die Mandate zu prüfen. Die Arbeit wurde dadurch erschwert, daß verschiedene Organisationen bei der Ausstellung der Delegierten-Ausweise sehr wenig korrekt verfahren sind. Dies trat besonders bei den Eisenbahnern zu, jedoch ist das Verfaulene inzwischen nachgeholt worden. Nicht alle der gewählten Delegierten sind erschienen. 933 Delegierte haben sich ordnungsmäßig gemeldet, die sich auf 65 Organisationen verteilen. Leider ließ es sich nicht nachprüfen, wieviel Gewerkschaftsvertreter anwesend sind, für die Zukunft müsse verlangt werden, daß auch diese ordnungsmäßige Mandate ausgestellt bekommen.

Die Landarbeiter sind durch 32 Delegierte vertreten. Der Vorwurf, der hier erhoben worden ist, daß die Landarbeiter durch 200 Delegierte vertreten sind, ist damit hinwiegend. Die eingelaufenen Proteste richteten sich gegen Zimmermann und Urd-Berlin und Grune-Magdeburg. Die Kommission empfiehlt, die erbnungsmäßigen Mandate Zimmermann und Urd anzuerkennen, das

Mandat von Grune dagegen für ungültig zu erklären, da dieser Kollege vom Bundesvorstand der Techniker in Magdeburg ernannt worden ist. Nach kurzer Debatte stimmt der Kongress diesen Kommissionsvorschlägen zu.

Hierauf tritt der Kongress in die

#### Diskussion über die Referate Wissell und Hirsberg,

zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung ein.

Kiel-Dorimund (Bergarbeiter) erklärt, daß wir trotz des grauenhellen Bildes, das uns Wissell entrollt hat, nicht verzweifeln, sondern kämpfen müssen. Wir müssen den Arbeiterzeitverlängerung, die durch die Unterbindung der Wirtschaftstabelle, die es bisher verstanden haben, durch Niederhaltung der Technik die Mehrförderung zu verhindern. Er bringt dafür Beweise durch Darlegungen aus der Praxis und tritt für die Volksozialisierung der Kohlenwirtschaft ein. Dem Auslande gegenüber wünscht er die Erklärung des Kongresses, daß die Bergleute für die Wiedergutmachung leisten wollen, was in ihrer Kraft liegt. Aber sie können nicht über ihre Kraft hinaus arbeiten und wollen auch nicht, daß die Kohle ins Ausland geht, die dringend gebraucht wird für die Industrie in Deutschland, wenn nicht weitere Hunderttausende arbeitslos werden sollen.

Halske-Hamburg (Eisenbahner): Das Millionenelck der Eisenbahnen ist die Folge der bürokratischen Verwaltung und der hohen Preise für die Kohle- und Hölzstoffe, sowie des Rückganges der Verkehrsleistungen um 50 bis 60 Prozent. Es ist eine Lüge, wenn gesagt wird, daß die Löhne und die Zahl der Beschäftigten an dem Defizit schuld seien. Die Betriebsräte müssen Einfluß auf die Verwaltung bekommen, um den Materialeinkauf und die Einführung besserer Betriebsmittel zu kontrollieren und den Betrag der für die Eisenbahnen liefernden Unternehmer zu unterbinden. Er fordert die Beamten auf, endlich in Reich und Glied zu treten mit der Arbeiterschaft.

Schneider-Berlin: Eine Verringerung der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands ist nur zu erwarten, wenn die Betriebsräte die ihnen gestellten hohen Aufgaben erkennen und dementsprechend arbeiten. Dazu ist in erster Linie eine durchgreifende Schulung sämtlicher Betriebsräte erforderlich. Die Betriebsräte müssen aber auch für die Einheitsfront eintreten, damit ein jeder seiner Begabung entsprechend geschult wird. Eine durchgreifende Verringerung im Lehrlingswesen erwartet der Redner von der Schaffung von staatlichen Lehrwerkstätten. Mit aller Schärfe wendet sich der Redner gegen die proletarischen Einzelaktionen und schließt mit dem Ruf: Es leben die Massenaktionen!

Der Vorsitzende Grafmann gibt zur Kenntnis, daß eine Flut von Anträgen und Resolutionen zu den ersten beiden Tagesordnungspunkten eingelaufen ist. Die Anträge und Resolutionen werden dem Kongress gedruckt vorgelegt.

Grafmann teilt dann mit, daß die vor dem Kongresslokal anwesenden Arbeitslosen Mengen sich nicht damit zufrieden geben, daß der Reichsarbeitslosenrat nur mit beratender Stimme zum Kongress zugelassen wird, sondern verlangen, daß dieser mit sich und Stimme zugelassen wird. Der Kongress beschließt demgemäß.

Hauspurg-Chemnitz wendet sich gegen die Zentralarbeitsgemeinschaften, da diese nur den Kapitalismus stärken. Es müssen neue Wege beschritten werden. Deshalb können wir uns auch nicht mit Halb- oder Volksozialisierungen zufrieden geben, sondern wir müssen den proletarischen Klassenkampf zur Erringung der politischen Macht organisieren.

Kay-Berlin: Die beiden Referate von Wissell-Hirsberg haben uns gezeigt, welche Fülle von Aufgaben den Betriebsräten gestellt sind. Als Delegierte des Reichs-Betriebsrätekongresses müssen wir verlangen, daß dieser Kongress Vertreter in den Reichsarbeitslosenrat entsendet und die Betriebsräte in den Reichs-Betriebsräten zusammengeführt werden. Aufgabe des Kongresses muß es auch sein, alles zur Beseitigung der Not der Arbeitslosen zu tun.

#### Ein Zwischenfall

Müller-Berlin teilt dem Kongress mit, daß der Eingang des Kongresslokals mit Sicherheitswehre zur Bewachung des Kongresses besetzt ist.

Brat teilt mit, daß von Seiten der Leitung die Sicherheitswehre nicht nur nicht gerufen worden sei, sondern im Gegenteil von der Kongressleitung veranlaßt worden ist, daß die Sicherheitsmannschaften sofort nach Erscheinen wieder zurückgezogen worden sind, so daß jetzt kein Sicherheitsmann mehr anwesend ist. Dittmann und Grafmann bestätigen und ergänzen diese Darstellung.

Müller (Landarbeiter) zeigt an mehreren Fällen, daß die Jun-Leer in Reddenburg das Betriebsrätegesetz und Bestimmungen und Verfügungen der Behörden sabotieren. U. a. werden entgegen der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums Tausende von Schaltern aus Kongress-Polen importiert. Alle Wohnungen und Anzeigen der Betriebsräte der Landarbeiter sind bei den maßgebenden Behörden unter den Tisch gefallen. Es ist seine Seitenhieb, daß das Volksozialistische wichtige Brotgetreide für das Vieh versäuert wird. Auf diese Weise gehen Tausende von Zentnern Brotgetreide verloren. Die griechischen Gewerkschaften haben sich dafür verwandt, daß die Landarbeiter die Deputate weiter bekommen, was ebenfalls eine schwere Schädigung der allgemeinen Ernährungswirtschaft bedeutet. Der Redner ersucht den Kongress, die von den Landarbeitern eingebrachte Entschädigung, die für die Interessen der Allgemeinheit eintritt, anzunehmen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

#### Nachmittags-sitzung.

Aufhäuser eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Er macht dem Kongress den Vorschlag, da das zu leistende Arbeitspensum in der heutigen Tagung doch nicht erledigt werden kann, den Kongress am Donnerstag fortzusetzen. Damit erklärt sich der Kongress einverstanden.

Es wird dann in der Diskussion über die beiden ersten Tagesordnungspunkte fortgefahren.

Haas-Stuttgart (Bauarbeiter): Es waren Bestrebungen im Gange, die Sozialisierung des Baugewerbes durch Gründung von Produktionsgenossenschaften zu fördern. Es hat sich aber sehr bald herausgestellt, daß diese Genossenschaften nicht nur von dem isolierten Unternehmertum, sondern auch von den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden boykottiert wurden. Daraus ergibt sich, daß man das Baugewerbe als Ganzes sozialisieren muß, d. h. einschließlich der Ziegeleien, Kiesgruben, Zementwerke usw. Die Sozialisierung durch Schaffung von Produktionsgenossenschaften herbeizuführen, ist unmöglich.

Hierauf tritt Schluß der Debatte ein. Jedoch erhält auf Anregung des Vorsitzenden Aufhäuser Schmidt-Berlin vom Reichsarbeitslosenrat das Wort zur Begründung zweier Anträge.

Schmidt führte aus: Es ist klar voraussehen, daß es im kommenden Winter durch die immer größer werdende Arbeitslosigkeit zu schweren Krisen kommen wird. Die Betriebsräte haben deshalb die Aufgabe, über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinaus den

#### Sabotageakten der Kapitalistenklasse

entgegenzutreten, ganz besonders die Stilllegung der Betriebe zu verhindern. Bei einem Teil der Betriebsräte, mit denen der Reichsarbeitslosenrat zu tun hatte, mußten wir feststellen, daß diese mit den Unternehmern gegen die Interessen der Arbeiter Hand in Hand arbeiten. Das muß aufhören. Die Betriebsräte müssen einen stärkeren Einfluß auf die Produktionsgestaltung bekommen. Wir haben festgestellt, daß z. B. in der Holzindustrie Möbelfabriken nur 2 u 2 m 3 bei angefertigt haben, die dann

ins Ausland verschoben

worden sind.

(Fortsetzung im Hauptblatt 2. Seite.)



Herstellung von Flugblättern Spezialität Massenaufgaben Kostenanschläge u. Entwürfe jederzeit zur Verfügung

FLACHDRUCK / ILLUSTRATIONS-DRUCK / ROTATION / STEREOTYP- / BUCHBINDEREI UND SETZMASCHINEN-BETRIEB

Möbel Bar oder Teilzahlung b. kleinst. Ausn. u. Abzahlung zu bedeut. herabgesetz. Preis.

Stoffe für Damen und Herrenbekleidung Herabgesetzte Preise! C. Pelz

\* E D A \* NAHRUNGSMITTEL-INDUSTRIE-GESELLSCHAFT M.B.H. BERLIN W 55 AM KARLSBAD 14

Kupfer Schmelzpreise Pankstraße 19 Metall-Preisveränderung Zinn! Lötzinn!

Damen sparen Geld Einzelverkauft Kleidermacher

Emma Rückert geb. Deutschmann nach kurzem schweren Leiden verstorben

Reichsseife best. konkurrenzlose Preis. 100 St. 1.00 Mk.

Achtung, Brautleute! 1 Dukaten-Training

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Gebisse kauft tägl. v. 9-6 zu den denkbar höchst. Preisen

Eine Sensation für Kupfer, Messing usw. über 50 St. 1 St. Fahrgeld

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Gebisse S. DEGEN, Linienstraße 77

Metalle Kupfer, Messing, Zinn, Blei usw. kauft höchste Tagespreise

Bettmatten Herstellung sofort. 100 St. 1.00 Mk.

Möbel groen der u. Teilzahlung

Billige an Wald u. Wasser gelegene Barzellen in Heiligensee bei Tegel.

für Kupfer Messing, Zinn, Aluminium, Blei, Spinn, Nickel, Kupfer, Zinn, Schmelzwerk

Platinabfälle Goldbruch Silberbruch Alte Zahngebisse Quecksilber

Maucher dank! Das schärfste Mittel, das Menschen ganz od. teilweise erblindet.

Waidenburger Pferde-Lotterie Los à 2,00, Paris à Liste 80 Fr.

Platin-, Gold-, Silber-Bruch Brillanten Metallkontor Zentrum BERGER & WEISS

SOWJET Kommunistische Monatsschrift Jahrgang 2 - Heft 1

Altmetalle Zinn, Messing, Kupfer, Messing, Zinn, Blei

Pistolen aller Art kauft zu höchsten Preisen

Kupfer Messing, Zinn, Blei, Zinn

Alt-Metalle Spez.: Reinzinn, Lötzinn, Blei, Lagermetalle

Möbel Möbelangebote Große Auswahl zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Werkzeuge u. Maschinen Spindelbohrer, Schmelzwerk, Drehmaschinen

Kupfer, Rotguss Zinn, Weisslager Messing, Blei, Zinn

Metalle Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Zinn

Altmetalle und Eisen mit bekannt. höchste Preise

Kleine Anzeigen Verkäufe

Mariannenstr. 18. Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Zinn

Neuen Blätter für sozialistische Literatur Das Heft 1.00 Mk. Jährlich 10.00 Mk.

Lötzinn Zinn, Blei kauft zu höchsten Preisen

Kupfer Messing, Zinn usw. Quecksilber, Zahngebisse

Kupfer, Messing Zinn, Blei, Zinn

Eine Sensation für Kupfer, Messing usw.

Arbeitsmarkt Stellenanzeigen

Tiermarkt Hundverkauf, Katzenverkauf

Mietgesuche Wohnungsuche

Verchiedenes Herrenkleidung, Schuhe

Arbeitsmarkt Stellenanzeigen

Arbeitsmarkt Stellenanzeigen

Erfolg haben selbst die Kleinen Anzeigen in der Freiheit